

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Sobndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Sebnitzort, Marienau, den Müllengrund, Rübischappel und Tirschbeim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 25.— M., monatlich frei ins Haus, durch die Post bezogen 75.— M., vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 1 M.



Anzeigenpreis: Die sechsgehaltene Grundzeile wird mit 3,00 M., für auswärtige Besteller mit 3,50 M. berechnet. Im Restame- und amtlichen Teile kostet die dreizehnpaltige Zeile 6,50 M., für Auswärtige 7,50 M. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Druckanschrift: „Tageblatt“, Postfachkonto Leipzig 86 897.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Anwaltschaft, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg. Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., Inh. Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr 174

Freitag, den 28. Juli 1922

72 Jahrgang.

Bermittlung des Reichspräsidenten im Konflikte des Reiches mit Bayern.

Der Ministerrat vertagt.

Berlin, 27. Juli. Der auf heute vormittag angesetzte Ministerrat, der unter Vorsitz des Reichspräsidenten Ebert stattfinden sollte, ist in letzter Stunde zunächst auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Der Ministerrat sollte die endgültigen Beschlüsse über die Bayern gegenüber zu treffenden Maßnahmen bringen. Die Vorberhandlungen, die Präsident Ebert eingeleitet hatte, und die durch die Rückkehr des Reichspräsidenten Lobe eine Erweiterung erfahren haben, sind noch nicht abgeschlossen. Zur Erwägung stehen innerhalb der Reichsregierung zwei Möglichkeiten des Vorgehens gegen Bayern: entweder die Abgabe einer Erklärung durch den Reichspräsidenten, daß die bayerische Verordnung mit dem Reichsgesetz in Widerspruch steht — in welchem Falle Bayern aufgefordert werden müßte, sie zurückzunehmen, um zu vermeiden, daß das Reich Bayern dazu anhalten muß —, oder die Anrufung des Staatsgerichtshofes des Deutschen Reiches, dessen Urteil wiederum der Reichspräsident zu vollstrecken hat. Gegen das letztere Verfahren richtet sich der geistige Antrag der USPD, die vorschlug, der Ausschuss möge sich an den Reichspräsidenten wegen Einberufung des Reichstages wenden. Der Antrag ist bis jetzt noch nicht gestellt worden, er ist auch nicht beabsichtigt. Präsident Lobe hat heute vormittag mit dem Reichspräsidenten und dem Reichsanwalt Fehling gesprochen. Mit dieser Besprechung hängt augenscheinlich auch die Vertagung des Kabinetts zusammen. In den parteipolitischen Kreisen Berlins glaubt man heute bereits ziemlich allgemein, daß der bayerische Konflikt in sehr absehbarer Zeit durch gütliche Verständigung aus der Welt geschafft sein wird. Diese Verständigung wird dem unantastbaren Rechtsstandpunkt des Reiches vollkommen gerecht werden, aber vielleicht einige bayerische Einrichtungen bei dem Staatsgerichtshof und dem Reichstriminalpolizeiamt bringen.

Die Verhandlungsbrücke.

Berlin, 27. Juli. Heute mittag hat auf Anregung des Reichspräsidenten eine Konferenz zwischen dem Reichspräsidenten, dem Reichsanwalt und dem Reichstagspräsidenten Lobe stattgefunden. Als Ergebnis dieser Konferenz ist anzunehmen, daß Reichspräsident Ebert nunmehr direkt in den Konflikt des Reiches mit Bayern eingreifen und Maßnahmen zu seiner Beilegung treffen wird. Der Reichspräsident wird sich in einem Schreiben an den bayerischen Ministerpräsidenten wenden, darin die Verfassungswidrigkeit der bayerischen Verordnung darlegen und der bayerischen Regierung empfehlen, aus eigenem Entschluß die Verordnung zurückzugeben und die Gültigkeit des Gesetzes zum Schutze der Republik auch für Bayern anzuerkennen. Das Eingreifen des Reichspräsidenten soll der bayerischen Regierung die Möglichkeit geben, ohne Schädigung ihres eigenen Ansehens auf den Boden der Verfassung zurückzukehren. Es soll eine Verhandlungsbrücke von Berlin nach München schlagen, die von Bayern öffentlich betreten wird.

Selbstverständliche Voraussetzung dabei bleibt die schon gemeldete Bereitwilligkeit der Reichsregierung, bayerischen Wünschen bei der Ausführung des Gesetzes zum Schutze der Republik, insbesondere bei der Errichtung des Staatsgerichtshofes und der Reichstriminalpolizei, entgegenzukommen. Man nimmt hier in Berlin auf Grund besonderer eingegangener Nachrichten an, daß der Schritt des Reichs-

präsidenten in Bayern warm begrüßt werden wird. Die Möglichkeit einer Reichstagsberufung scheint jetzt ausgeschlossen oder doch zum mindesten verschoben zu sein. Reichstagspräsident Lobe hat den unabhängigen Sozialdemokraten zu verstehen gegeben, daß eine Einberufung des Reichstages zur Besprechung der bayerischen Frage erst in Betracht kommen könne, wenn sich erwiesen habe, wie der Schritt des Reichspräsidenten in Bayern gewirkt habe. Eine ähnliche Mitteilung ist auch der deutschen Reichstagsfraktion zugegangen, die bekanntlich die Einberufung des Reichstages gefordert hatte, um das Memorandum des Garantienschausses zu besprechen. Reichstagspräsident Lobe beabsichtigt, den Aeltestenausschuss des Reichstages am nächsten Mittwoch oder Donnerstag zusammenzutreten zu lassen. Dort wird dann die Notwendigkeit einer Reichstagsberufung geprüft werden. Heute nachmittag wird wiederum eine Kabinettsitzung und zwar unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten Ebert zusammengetreten. Man nimmt an, daß der Reichspräsident dem Kabinett das an den bayerischen Ministerpräsidenten zu richtende Schreiben vorlegen wird.

Eine württembergische Stimme zur Lage in Bayern.

Stuttgart, 27. Juli. Die Württembergische Zeitung schreibt: Die ganzen Schwierigkeiten kommen daher, daß Bayern die Weimarer Verfassung nicht anerkennen will, daß es versucht, sich diesen Dingen, so viel wie möglich, zu entziehen und sich innerhalb Deutschlands als ein vollständiges Gebilde aufzutun. Daß das unmöglich gut gehen kann, liegt auf der Hand und die Konflikte zwischen Bayern und dem Reich nehmen denn auch seit Jahr und Tag kein Ende. Uebrigens darf aufrichtigerweise nicht verschwiegen werden, daß die Schuld nicht lediglich auf bayerischer Seite liegt, sondern zum Teil auch in Berlin, wo man mit einem Unverständnis und mit einer bödsartigen Rücksichtslosigkeit auf die Länder einhaut und ihnen so die Anpassung an die neuen verfassungsmäßigen Verhältnisse erschwert und verbittert hat.

Die Prager Blätter zum Konflikt mit Bayern.

Prag, 27. Juli. Die neuen Prager Blätter beschäftigen sich an leitender Stelle mit den in Bayern überhand nehmenden separatistischen Strömungen. Die Tribune schreibt u. a.: Der Tschechoslowakei kann und darf es nicht gleichgültig bleiben, was sich an ihrer Südgrenze abspielt. Die Losreißung Bayerns vom Reiche bedeutet die Improvisation der Monarchie. Wenn wir uns die zahlreichen Verhandlungen vergegenwärtigen, die zur Zeit der beiden Karlsputze in Wien, in der Schweiz und in München abspielten und die sich für den Fall eines Gelingens der Aktion zweifellos in positiven Resultaten geäußert hätten, dann wird die Gefahr für uns akut. Es ist ganz gleichgültig, ob wir es mit den Habsburgern oder mit den Wittelsbachern zu tun haben. Hinter beiden steht der schwarze Schatten der Reaktion und des Absolutismus. Neuerdings tritt das Bild eines neuen Oesterreich vor Augen und eines gestärkten und konsequent rückschrittlichen Bayerns, das dadurch gefährlich sein wird, weil es die Unterstützung und die Zustimmung der konservativen Partei Englands und Frankreichs hinter sich hat. Diese Kreise werden gewiß nicht schweigen und auch nicht untätig sein. Sie haben noch genügend Einfluß und auch noch genügend Geld. Auch wir dürfen nicht ruhig bleiben oder uns einer angenehmen Scha-

denfreude über die reichsdeutschen Wirten hingeben. Die bayerische Offensiv ist nicht bloß ein Kampf gegen Deutschland, sie ist ein Angriff gegen die bestehende Ordnung und gegen die Konstellation Europas, besonders Mitteleuropas. Es handelt sich nicht bloß um eine innere Angelegenheit Deutschlands, sondern um eine Angelegenheit von internationaler Tragweite, die am schwersten jene treffen könnte, die sich lächelnd die Hände reiben. Ein untrügliches Zeichen dafür, daß Bayern Ernst macht, ist das jahrelange Streben der bayerischen Regierung nach einer finanziellen Sezession vom Reich und die auffällige Konzentration der bayerischen Truppen. Dies kann für uns allerdings nur ein neuer Antriebsimpuls sein, den Dingen in Bayern die größte Aufmerksamkeit zu widmen und sich nicht überraschen zu lassen. Wir dürfen uns nicht darauf verlassen, daß Deutschland in Bayern selbst Ordnung schaffen werde. Die Reichswehr ist darauf bezimmert, daß sie keinen Verlaß bietet und hinter den bayerischen Separatisten steht die ganze nationale Partei. Die Sozialisten drohen zwar mit dem Generalsstreik; die Lage ist aber heute anders, wie zur Zeit des Rapp-Putsch. Auf den bayerischen Bestand können und dürfen wir uns nicht verlassen. Es bleibt uns also nichts anderes übrig, als sich auf sich selbst zu verlassen.

In diesen Auslassungen der Prager Blätter ist vor allem interessant, daß die Herren Tschechen aus dem Konflikt zwischen Reich und Bayern Vorteile ziehen möchten und daß die Reichswehr, die sonst der großen und kleinen Entente immer zu stark, auf einmal nicht mehr stark genug sein soll, Ordnung im Reiche schaffen zu können. Auf diese Feststellung werden die Reichsstellen zu gegebener Zeit zurückkommen müssen.

Frankreich und Bayern.

Wie die T.-U. erfährt, hat die französische Regierung bei der bayerischen Regierung Beschwerde darüber erhoben, daß über die Verbindung zwischen Leoprechting und der französischen Gesandtschaft öffentlich Gericht gehalten worden ist und daß man diese Dinge nicht unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt hat. Andererseits hat Bayern die Reichsregierung ermahnt, gegen die französischen Mächenschaften und die französischen Sonderpolitiken in Süddeutschland Beschwerde zu erheben und die Abberufung des französischen Gesandten in München zu fordern.

Ueber den Zwischenfall mit Bayern schreibt der Temps in hehrlicher Absicht, die Lage sei durchaus klar. Die bayerische Regierung befindet sich in offenem Aufbruch gegen das Reich. Bayern habe gegen die Reichsregierung eine große Koalition gebildet. Diese bestehe aus Offizieren, Landwirten, Bürgern, Intellektuellen, Industriellen und Kaufleuten. Alle diese Leute seien energisch, geschickt und mächtig und befänden sich in ständiger Verschwörung gegen die Republik. Unter diesen Umständen könne die bayerische Regierung es sich herausnehmen, das Reich herauszufordern. Die Beamten des Reiches und die Offiziere der Armee hätten durchaus monarchistische und angriffslustige Gesinnungen. Die Revolution sei in Deutschland noch nicht vollendet. Wenn die Reichsregierung sich weniger darum kümmern wollte, gegen Frankreich mobil zu machen, und sich mehr bemühte, die Verwaltung zu reinigen, so würde sie nicht die Schmach erleben, vom bayerischen Schützenkönig in Schach gehalten zu werden.

Kurze wichtige Nachrichten.

Sachsen hat an die Entente im abgelaufenen Jahre bisher für 31,5 Millionen Mark Sachleistungen ausgeführt; darin sind 11,25 Millionen Mark für Möbel enthalten.

Am heutigen Freitag findet eine Besprechung der Staatspräsidenten von Württemberg, Bayern, Baden und Hessen über die durch die Verordnung der bayerischen Regierung vom 24. 7. geschaffene Lage statt.

Wie die T.-U. erfährt, ist als Sitz des Reichsoverwaltungsgerichtshofes nunmehr endgültig Stuttgart bestimmt worden.

Die Meldung von der bevorstehenden Ernennung des Grafen Broddorf-Kanbau zum Volschafter in Moskau be ruht auf Kombinationen. Wie von zuständiger Stelle vrelautet, ist diese Ernennung entgegen ander lautenden Meldungen für Graf Broddorf-Kanbau weder nachgesucht noch erteilt worden.

Der Schiedspruch, der zwischen den Reedern und den Vertretern der Seeleute vereinbart worden war, wurde am Mittwoch von den Streitenden mit 486 gegen 155 Stimmen abgelehnt. Der Streit geht also weiter.

Der unabhängige Reichstagsabgeordnete Dr. Breitheid ist in Paris eingetroffen. Er wird am Samstag

der Ermordung Jaures bei der Gedenkfeier das Wort ergreifen.

Korfanty ist nach einer Meldung der Frankfurter Zeitung vom polnischen Kriegsminister, der in Korfantys Kabinett übernommen werden sollte, die Tapferkeitsmedaille wegen seiner Taten in Oberschlesien verliehen worden. — Das wird deshalb mit Spott aufgenommen, weil Korfanty nie an der Front gewesen ist.

Durch einen Erlass des Handels- und Industrieministeriums wird die Ausfuhr polnischer Kohlen gestattet.

und geschäft wird...
Vorfall ereignete...
Ein Schwarm Die...
der abends um...
Er verließ hinter...
er in sein Abteil...
daß ein Herr...
essen hatte, ver...
haben. Der...
Zug, konnte aber...
nicht finden...
Lüneburg ausge...
sonderbaren Eigen...
die "Schief. Stg...
des Reichskontroll...
Schreibmaschinen...
waren. Der Atju...
erleutnant Brull, er...
dem Oberbürger...
nicht der Fall. Die...
deutschen Beamten...
iliches Eigentum des...
schaft werden sollte...
und Waffen ver...
heraus und schick...
Mittlung, daß die...
ausgenommen worden...
Wärze in Flaschen...
Fleischbrühwürfel...
wird wieder zu...
man auf den...
kommen nicht von...
innen...
F...
Bankhaus...
Helige...
in-Callnberg...
28.7. 77,50 %
72,00 "
200,00 "
91,00 "
116,00 "
63,50 "
70,125 "
94,00 "
98,25 "
96,50 "
98,00 "
106,40 "
97,50 "
770,00 "
1200,00 "
425,00 "
498,00 "
1285,00 "
1478,00 "
410,00 "
484,00 "
291,00 "
1430,00 "
445,00 "
781,00 "
1800,00 "
Schrift...
198,50 "
1000,00 "
197,90 "
1367,95 "
787,20 "
514,66 "
1280,35 "
1700,90 "
1418,75 "
4065,10 "
1078,28 "
1074,25 "
1,47